STADT KITZINGEN

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES
AM 01.02.2018

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 01.02.2018
Beginn:	17:50 Uhr
Ende	20:52 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender	
Oberbürgermeister Siegfried Müller	
CSU-Stadtratsfraktion	
Bürgermeister Stefan Güntner	ohne Ziffer 8 und 9, Beschluss
Stadtrat Dr. Stephan Küntzer	bis 20.23 Uhr, Ziffer 8
Stadtrat Andreas Moser	
Stadtrat Thomas Rank	
Stadträtin Gertrud Schwab	ohne Ziffer 10, Beschluss
Stadtrat Hartmut Stiller	bis 20.34 Uhr, Ziffer 8
Stadträtin Hiltrud Stocker	ohne Ziffer 1, Beschluss
UsW-Stadtratsfraktion	
Stadtrat Rolf Ferenczy	
Stadtrat Peter Lorenz	
Stadtrat Manfred Marstaller	
Stadtrat Werner May	
Stadtrat Manuel Müller	ohne Ziffer 1, Beschluss
SPD-Stadtratsfraktion	
Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul	
Stadträtin Astrid Glos	
2. Bürgermeister Klaus Heisel	
Stadträtin Elvira Kahnt	ohne Ziffer 1, Beschluss
KIK-Stadtratsfraktion	
Stadtrat Klaus Christof	bis 19.40 Uhr, Ziffer 7.2
Stadtrat Wolfgang Popp	bis 20.04 Uhr, Ziffer 7.6
Stadtrat Thomas Steinruck	
FW-FBW-Stadtratsfraktion	
Stadtrat Manfred Freitag	
Stadtrat Dietrich Hermann	ab 17.52 Uhr, Ziffer 3
Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle	
ÖDP-Stadtratsfraktion	
Stadträtin Bianca Tröge	

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm	bis 20.45 Uhr, Ziffer 9
Stadtrat Hans Schardt	bis 20.23 Uhr, Ziffer 8

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann	ohne Ziffer 1, Beschluss

fraktionslos

Stadträtin Andrea Schmidt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Verwaltungsrätin Monika Erdel
Bauingenieur Oliver Graumann
Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion
Stadtrat Carlo Bank

KIK-Stadtratsfraktion
Stadträtin Jutta Wallrapp

ÖDP-Stadtratsfraktion
Stadtrat Jens Pauluhn

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.
Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass der TOP 10 „Budgetabrechnung Budget Museum für 2016“ von der Tagesordnung genommen werde. Die Behandlung ist für den 15.03.2018 geplant.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschriften des Stadtrates vom 14.12.2017 und 21.12.2017

beschlossen dafür 23 dagegen 0

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 14.12. sowie 21.12.2017 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Beschaffung der Erstausstattung von losem Mobiliar in Kitas; Grundsatzbeschluss
Vorlage: 2018/043

Verwaltungsfachwirtin Thiele verweist auf den Sachvortrag Nr. 2018/043.
Stadträtin Glos bittet, dass möglichst die derzeitigen Projekte in einer Ausschreibung zusammengefasst werden.
Verwaltungsfachwirtin Thiele stellt dar, dass dies das Ziel sei.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag 2018/043 wird Kenntnis genommen.

2. Bei Kita-Neubauten auf städtischen Grundstücken wird die Erstausstattung des Mobiliars durch die Stadt finanziert. Die Kosten sind Teil der Projektgesamtkosten und sind entsprechend auszuweisen.

3. Antrag des Evang.-Luth. Pfarramtes Stadtkirche auf Übernahme der Kosten für einen Bauwagen zur Errichtung einer Waldkindergartengruppe des Stiftungskindergartens Schreibersgasse
Vorlage: 2018/037

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachverhalt Nr. 2018/037 auf Zuschuss zur Anschaffung eines Bauwagens für einen Waldkindergarten. Träger soll die Evang.-Luth. Pfarrgemeinde sein. Eine Beteiligung seitens der Kirche sei leider nicht möglich, da die Abwicklung über die Kirchenstiftung erfolge. Aus Sicht der Verwaltung sollte man mit Blick auf die verhältnismäßige günstige Variante zur Schaffung von Kita-Plätzen dem zustimmen.

Stadtrat Christof verweist auf die Diskrepanz zwischen dem Zuschuss, der seinerzeit an die Einrichtung „Pusteblume“ gezahlt wurde (25.000,00 €) und dem nun vorliegenden Antrag.

beschlossen dafür 27 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/037 wird Kenntnis genommen.

2. Für die Beschaffung eines Bauwagens zur Errichtung einer Waldkindergartengruppe, des Stiftungskindergartens Schreibersgasse, werden von der Stadt Kitzingen Anschaffungskosten in Höhe von maximal 60.000 € übernommen.

4. Aufnahme eines Kredites "Energieeffizient Bauen und Sanieren" bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Erweiterung des Kindergartens "Sonnenschein", Memellandstr. 45 in Kitzingen um 25 Kindergartenplätze
Vorlage: 2018/023

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/023 wird Kenntnis genommen.

2. Der Beschluss Nr. 180/2017 des Stadtrates vom 16.11.2017 wird aufgehoben.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, zur Finanzierung der Ausgaben für die Erweiterung des Kindergartens „Sonnenschein“, Memellandstr. 45 einen Kredit in Höhe von insgesamt rd. 250.000 € aus dem Programm „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu folgenden Konditionen aufzunehmen:

Auszahlung:	100 %
Laufzeit:	10 Jahre
Tilgung:	2 tilgungsfreie Anlaufjahre, danach ¼ jährliche Tilgungsraten zu 7.813 €
Zinssatz:	z. Zt. 0,05 % fest für 10 Jahre
Tilgungszuschuss:	Der Kredit wird um einen Tilgungszuschuss reduziert, wodurch sich die Laufzeit verkürzt. Der Tilgungszuschuss wird nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahme gutgeschrieben (12.500 €)

Die Aufnahme erfolgt auf den Haushaltseinnahmerest 2017.

5. Auftragsvergaben

5.1. Umbau und Erweiterung Grund- und Mittelschule Kitzingen Siedlung; hier: Auftragsvergabe nach VOB/A-EU für: Lüftungsleitungen Mensa und Tischlerarbeiten
Vorlage: 2018/038

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/038 wird Kenntnis genommen.

2. Der Auftrag für die Lüftungsleitungen Mensa an der Grund- und Mittelschule Siedlung wird an die Firma Würflein Haustechnik, Weihenzell (Ansbach) vergeben.

   Die geprüfte Angebotssumme beträgt 323.484,19 € brutto.

3. Der Auftrag für die Tischlerarbeiten an der Grund- und Mittelschule Siedlung wird an die Firma Peters GmbH Schreinerei (55487 Sohren) vergeben. Die Angebotssumme beträgt 142.735.31 € brutto.

6. Soziale Stadt - Fortschreibung Integriertes Handlungskonzept Siedlung; hier: Beschluss des Endberichts inkl. Maßnahmen Vorlage: 2018/031

Bauamtsleiter Graumann verweist eingangs kurz auf den Sachvortrag Nr. 2018/031 und stellt dar, dass die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes die Voraussetzung für den Verbleib im Fördertopf „Soziale Stadt“ sei. Der Schwerpunkt des Papiers liegt im Wesentlichen auf Familie, Kinder und Freizeit. Er stellt dar, dass das Konzept bereits in der AG Sozialen Stadt vorgestellt wurde.
Stadträtin Tröge als Referentin für Soziale Stadt verweist auf die intensive Auseinandersetzung mit dem Konzept in der Siedlung sowie den Arbeitskreisen. Sie bittet um Zustimmung.

Herr Schramm, vom beauftragten Büro Planwerk geht im Folgenden ausführlich auf die Erstellung sowie die Inhalte des Konzeptes und deren verschiedenen Aufgabenschwerpunkte ein. Er verweist auf zwei wesentliche Aspekte, die im Konzept enthalten seien. Zum einen das Thema „Grün, Naherholung und Freizeit“. Zum anderen die gesamte Thematik um das „Notwohngebiet“. Exemplarisch verweist er auf Maßnahmen, die im Zusammenhang mit beiden Themen notwendig sind.

Auf die Frage nach der zeitlichen Einordnung der verschiedenen Kategorisierungen stellt Herr Schramm dar, dass dies nicht bei jeder Maßnahme möglich sei, nachdem beispielsweise selbst bei einer Maßnahme mit der Priorität 1 für die Siedlung, die Rahmenbedingungen erst in einigen Jahren vorliegen könnten.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/031 wird Kenntnis genommen

2. Der Endbericht der Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzepts mit den integrierten Maßnahmen wird in der Fassung vom 01.02.18 (Anlage 1 der Sitzungsvorlage) beschlossen.

7. Anträge von Fraktionen und Gruppen

7.1. Antrag Nr. 24 der Bayernpartei - kinderfreundliches Bauen Vorlage: 2017/291

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der Bayernpartei sowie den Sachverhalt Nr. 2017/291. Stadtrat Hartmann habe diesen Antrag nochmals mit Mail vom 30.01.2018 ergänzt. Aufgrund dessen soll neben den bereits bestehenden 10 %igen Familienrabatt zusätzlich ein Rabatt in Höhe von 12 qm pro vorhandenes Kind gewährt werden.
Stadtrat Hartmann geht kurz auf seinen modifizierten Antrag ein und bittet um Zustimmung.
Stadtkämmerin Erdel ist der Auffassung, dass die gegenwärtige, 10 %ige Förderung eine ausgewogene Lösung zwischen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie einer sinnvollen Familienförderung darstellt und es aufgrund dessen bei der bisherigen Beschlussfassung belassen sollte.

abgelehnt dafür 3 dagegen 25

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/291 wird Kenntnis genommen.

2. Familien mit Kindern, welche in Kitzingen städtischen Baugrund erwerben,

erhalten zusätzlich zum 10 %igen Familienrabatt einen Preisnachlass von jeweils 12 qm (das entspricht ungefähr der üblichen Größe eines Kinderzimmers) pro vorhandenes Kindes. Diese Regelung soll zunächst bis zum Ende der Legislaturperiode 2020 befristet sein und bei Erfolg dann verlängert werden.

7.2. Antrag der FW-FBW-Stadtratsfraktion vom 23.10.2017
Elektromobilität für Kitzingen
Vorlage: 2018/041

Nach dem verweis von Oberbürgermeister Müller auf den Sachverhalt Nr. 2018/041 geht Stadtrat Dr. Pfeiffle kurz auf den Antrag der FW-FBW-Fraktion ein.
Stadtrat Christof bittet hinsichtlich der Ladestruktur, die Leistungsfähigkeit des Stromnetzes der LKW zu beachten.

Stadtrat Steinruck ist der Auffassung, sich bei der Beschaffung von Dienstwägen nicht nur auf die Elektromobilität festzulegen, sondern jeweils auch die Antriebsform „Erdgas“ in die Überlegungen mit einfließen zu lassen.

Stadtrat Dr. Pfeiffle stellt dar, dass auch Erdgas als alternative Antriebsform in die Überlegungen mit einbezogen werden sollte.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Punkt 1
Wir beantragen die kurzfristige Erstellung einer Bedarfsanalyse für eine Fahrzeugbeschaffung von Pedelecs und Lastenrädern für die Stadtverwaltung in der Kaiserstraße sowie das Bauamt und dem Bauhof.

Punkt 2
Wir beantragen die bedarfsweise Auswechslung von Nutzfahrzeugen des Bauhofs soweit es technisch möglich und vertretbar ist, hin zu Fahrzeugen mit alternativen Antriebstechnologien (Elektro, Hybrid etc.).

Punkt 3
Wir bitten um Erstellung eines detaillierten Bedarfs Finanzplatzes für die Investitionen unter Punkt eins und zwei, die in die Haushaltsberatungen 2018 einzubringen sind.

Punkt 4
Im Rahmen der anstehenden Überprüfungen des Bedarfs soll mit anderen kommunalen Partnern (Landratsamt, Klinik) gemeinsam eingekauft werden, da auch dort ein Bedarf besteht.

Punkt 5
Zusätzlich wird im Rahmen der zunehmenden Elektromobilität der Bedarf an Lademöglichkeiten/Tankstellen in Kitzingen wachsen. Hier gilt es geeignete Standorte auszumachen und Gespräche mit Investoren zu beginnen.

7.3. Antrag der KIK-Fraktion vom 08.05.2017/10.05.2017, Nr. 171-5-2017 "Notwohngebiet Kitzingen" Vorlage: 2017/108a

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachverhalt Nr. 2017/108a und die vorherige Beratung in der AG Soziale Stadt.
Stadtrat Christof geht kurz auf den Antrag der KIK-Fraktion sowie der Notwendigkeit des Tätigwerdens im Notwohngebiet ein. Dabei stellt er dar, dass beim vorliegenden Antrag lediglich die Ziffern 1 bis 3 zur Abstimmung gebracht werden sollen.
Des Weiteren sollen folgende Punkte ebenfalls von der Beschlussfassung erfasst werden.

- Hinsichtlich des Notwohngebiets soll ein Auftrag an eine soziale Institution vergeben werden, um ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Die Auftragserteilung soll nach Ostern erfolgen. Hierfür sind im Haushalt 20.000,00 € einzustellen.

- Bis zur Auftragsvergabe hat die Verwaltung eine Analyse erstellen, die die vergangene sowie gegenwärtige Situation (Zahl der Einweisungen usw.) des Notwohngebiets aufzeigt. Diese ist der zu beauftragenden Institution an die Hand zu geben.

- Daraus resultierend sollen Präventionsmaßnahmen entwickelt werden, die ab 2019 umgesetzt werden können.

- Es sind Mittel für einen Sozialarbeiter in den Haushalt (befristet auf 2 Jahre) einzustellen. Die Ausschreibung erfolgt in Absprache mit dem Konzeptersteller. Arbeitsbeginn ist ab Mai 2018.

Stadtkämmerin Erdel weist darauf hin, dass die Mittel für die Konzepterstellung über die Haushaltsstelle für die Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes zur Obdachlosenfürsorge bereits eingestellt seien.

Im Rahmen der kurzen Diskussion wird festgestellt, dass der Sozialarbeiter nicht zwangsläufig bei der Stadt Kitzingen beschäftigt sein müsse. Ebenso wäre eine Anstellung bei einem sozialen Träger denkbar, wofür die Stadt Kitzingen einen Zuschuss gewährt. Diese Variante werde von Seiten der Verwaltung sowie des Stadtrates favorisiert.

Auf die Frage von Bauamtsleiter Graumann bestätigt Stadtrat Christof, dass beim Antrag nicht nur die sozialen sondern auch die baulichen Aspekte berücksichtigt werden sollen.

Auf die Frage von Rechtsdirektorin Schmöger bestätigt Stadtrat Christof, dass es bei der Bearbeitung neben der Obdachlosenfürsorge auch der Verbleib der bisherigen Mieter geregelt werden müsste.

Oberbürgermeister Müller stellt abschließend dar, dass die benannten Zeiten nicht zwangsläufig bestätigt werden können. Er sagt zu, bis Ostern die Analyse zu liefern und anschließend das weitere Vorgehen zu besprechen.
Er bittet um Beschlussfassung des Antrages der KIK-Fraktion. Hiervon umfasst sind auch die benannten Punkte von Stadtrat Christof.

beschlossen dafür 22 dagegen 6

Der Stadtrat möge sich mit der Thematik „Notwohngebiet“ intensiv befassen und beschließen:

01 Die Rahmenbedingungen für die Obdachlosenarbeit und die Wohnraumversorgung von Wohnungslosen werden in der Stadt Kitzingen grundlegend verbessert und mittelfristig (innerhalb von fünf Jahren) umgesetzt sowie durch einen zielorientierten Umgang mit der Problematik ersetzt. Die entsprechenden Haushaltsmittel für diese Maßnahmen sind in den Haushalt einzustellen. Ein wichtiger Punkt dabei ist die Prävention von Wohnungslosigkeit und die menschenwürdige Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen.

02 Erstellung einer konkreten Analyse der bisherigen Kitzinger Obdachlosenarbeit sowie der Versorgung von Wohnungslosen mit Wohnraum, um den tatsächlich Bedarf festzustellen und die aktuelle Situation zu erkennen

03 Erstellung eines Konzeptes für die zukünftige Obdachlosen- und Wohnungslosenarbeit durch externe Experten in Kooperation mit der Stadtverwaltung und dem Stadtrat

7.4. Antrag der SPD-Fraktion vom 26.11.2017: 2. Teil zum Sympisium Wohnen; hier: Ziele formulieren für das Thema Wohnen in Kitzingen in den kommenden Jahren Vorlage: 2018/020

Stadträtin Glos verweist kurz auf ihren Antrag zu einem zweiten Symposium „Wohnen“. Nachdem beim ersten Teil es um die Siedlung gehe, wünsche sie sich eine vergleichbare Betrachtung für die Gesamtstadt.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent ist der Auffassung, dass für die Gesamtstadt die wesentlichen Dinge über den Flächennutzungsplan zu Papier gebracht wurden. Darüber hinaus regt er an, die Ziffer 4 vom Antrag (Kosten der entgangenen Miete Breslauer Straße) nicht zu beschließen, nachdem ein Blick in die Zukunft sinnvoller sei, als in der Vergangenheit die Fehler zu eruieren.

Stadträtin Glos zieht daraufhin die Ziffer 4 des Antrags der SPD zurück.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass eine fortsetzende Diskussion zum ersten Symposium grundsätzlich begrüßenswert sei, jedoch in diesem Fall die Wohnungen der Bau GmbH, die städtischen Wohnungen, wofür sämtliche Daten vorliegen, sowie die privaten Wohnungen, wozu es Anmerkungen im Flächennutzungsplan gibt, zu betrachten sind und anders als bei der Situation in der Siedlung für die gesamtstädtische Betrachtung bereits andere Rahmenbedingungen vorherrschen.

abgelehnt dafür 12 dagegen 15

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/020 wird Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein vertiefendes 2. Symposium vorzubereiten und durchzuführen mit dem Ziel, die Entwicklungsziele für die einzelnen Stadtteile (mit dem erworbenen Basiswissen) zum Thema „Wohnen“ für unsere Stadt zu formulieren und diese dann bei unseren weiteren städtischen Planungen, kurz-, mittel- und langfristig (Zeitschiene) zu verfolgen.

3. Es besteht Einverständnis, dass in diesem Symposium (s. Pkt. 2) ein Teil der Zeit darauf verwendet, uns neue, andere alternative Wohnformen (neue, clevere Bauweisen) aufzeigen zu lassen (externer Referent).

7.5. Antrag Nr. 26 der Bayernpartei vom 21.12.2017;
Kontrollierte Anlieferung für den Häckselplatz Repperndorf
Vorlage: 2018/042

Stadtrat Hartmann verweist auf die Art und Weise der Nutzung des Häckselplatzes (hohe Frequentierung durch Auswärtige) und ist der Auffassung, dass dies durch einen Zaun, Öffnungszeiten sowie Kontrollen reglementiert werden sollte.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass durch Festlegung von bestimmten Öffnungszeiten die Nutzung für die Kitzinger Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt werde. Darüber hinaus sehe er dann die Gefahr von Wildentsorgungen. Nachdem eine Einzäunung zudem mit Kosten verbunden sei, sollte es bei der gegenwärtigen Lösung bleiben.

Herr Pfrenzinger stellt hinsichtlich der Anlieferung von Auswärtigen dar, dass sehr viele Landschaftsgärtner, die in Kitzingen und Umgebung arbeiten, am Häckselplatz in Repperndorf das Schnittgut – teils in großen Mengen – entsorgen.

abgelehnt dafür 1 dagegen 26

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/042 wird Kenntnis genommen.

2. Der Häckselplatz in Repperndorf wird eingezäunt und nunmehr nur noch am Freitag von 15:00 bis 18:00 Uhr und am Samstag von 9:00 bis 12:00 Uhr zur Anlieferung geöffnet.
   Ein geringfügig Beschäftigter wird für die Öffnung und die Kontrolle (ob Landkreisbürger oder nicht, ob Häckselgut oder nicht) eingestellt.

7.6. Antrag Nr. 25 der Bayernpartei vom 4.12.2017;
Glyphosat Verbot in Kitzingen
Vorlage: 2018/040

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Antrag der Bayernpartei und auf verschiedene weitere Anträge zum Thema Glyphosat, die bereits schon in anderen Kommunen beschlossen wurden. Unabhängig davon müssen die entsprechenden Beschlüsse seitens der Landes- bzw. Bundesgremien gefasst werden. Er stellt dar, dass bei der Stadt Kitzingen Glyphosat seit Jahren nicht mehr zum Einsatz kommt. Hinsichtlich der Ziffer 2 im Beschlussentwurf (Benutzungsempfehlung) erklärt er, dass die Stadt Kitzingen hierbei keine Handhabe hätte und nur eine Empfehlung an die Eigentümer aussprechen könne.

Stadtrat Hartmann geht kurz auf seinen Antrag ein, freut sich, dass die Stadt Kitzingen bereits in dieser Form handelt und bittet aus Gründen des Naturschutzes seinem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Böhm als Umweltreferent unterstützt den Antrag der Bayernpartei.

Stadträtin Schwab geht im Folgenden aus Sicht der Landwirtschaft auf eine vernünftige und zielorientierte Nutzung von Glyphosat ein. Dabei stellt sie verschiedene Einsatzfelder dar, was jeweils seine Berechtigung habe. In der Region Franken werde zudem mit Blick auf die wenigen Niederschläge bei reifen Beständen kein Glyphosat mehr verwendet.
Sie gibt zu bedenken, dass die Mengen an Glyphosat, die im Baumarkt für den Hausgebraucht beschafft werden können, weitaus bedenklicher seien.

In folgender kurzer Diskussion wird auf die Sinnhaftigkeit des Antrages verwiesen, auch mit Blick darauf, dass die Stadt Kitzingen selbst Glyphosat nicht mehr verwende. Darüber hinaus wird kurz über die Gefahren von Glyphosat bzw. weiteren Umwelteinwirkungen diskutiert.
Die Bitte von Bürgermeister Güntner, die Punkte getrennt abzustimmen, wird Oberbürgermeister Müller nachkommen.

beschlossen dafür 19 dagegen 7

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/040 wird Kenntnis genommen.

2.1 Den Betrieben der Stadt Kitzingen, Stadtgärtnerei, Bauhof und Hausmeistereien wird untersagt Produkte mit dem Inhaltsstoff Glyphosat einzusetzen.

abgelehnt dafür 12 dagegen 14

2.2 Den in Kitzingen ansässigen landwirtschaftlichen Betrieben, sowie Gartenbaubetrieben und auch Grundstückseigentümern wird seitens der Stadt Kitzingen empfohlen auf den Einsatz dieses Mittels zu verzichten.

8. Café Wegweiser (Egerländer Straße 22); Aufstellung eines Duschcontainers auf Wunsch der Verantwortlichen des Café Wegweisers Vorlage: 2017/256

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachverhalt Nr. 2017/256 und auf die Stellungnahme der AG Sozialen Stadt, die das Aufstellen eines Duschcontainers nicht befürworten. Es soll vielmehr geprüft werden, die Duschzeiten im Café-Wegweiser zu erweitern.

Stadträtin Schmidt stellt dar, dass mit den gegenwärtigen Ehrenamtlichen die Öffnungszeiten im Wegweiser nicht aufrechtgehalten werden können. Darüber hinaus seien die Räumlichkeiten im Café mit Blick auf die Schimmelbildung nicht für eine Erweiterung der Duschzeiten ausgelegt. Sie plädiert nach wie vor für einen Duschcontainer und bittet diesbezüglich bei der Regierung von Unterfranken nachzufragen, die von der Flüchtlingsarbeit noch einen Bestand haben.
Sie stellt dar, dass es für einen Duschcontainer keine Aufsicht brauche, lediglich jemanden der den Schließdienst und die Reinigung übernimmt, wofür schon jemand bereit stehen würde.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass es dann sinnvoller sei, die Öffnungszeiten zu erweitern, als die Aufwendungen für den Container samt Logistik auf sich zu nehmen. Seiner Auffassung nach sollte die Empfehlung der AG Sozialen Stadt beschlossen werden, so dass anschließend geprüft werden könne, welche Möglichkeiten es in einer Erweiterung gebe und sagt zu, anschließend das Gremium zu informieren.

beschlossen dafür 20 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag Nr. 2017/256 wird Kenntnis genommen.

2. Dem Antrag zur Aufstellung eines Duschcontainers ist nicht zu folgen.

3. Die Stadt Kitzingen prüft die Möglichkeiten zur Erweiterung der Duschzeiten im Café-Wegweiser.

9. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2011 - 2015;
Textziffer 26 Anspruch auf Schülebeförderung von Hoheim bzw. Sickershausen zur Grund- und Mittelschule Kitzingen Siedlung
Vorlage: 2018/039

beschlossen dafür 22 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/039 wird Kenntnis genommen.

2. TZ 26 Anspruch auf Schülerbeförderung von Hoheim bzw. Sickershausen zur Grund- und Mittelschule Kitzingen-Siedlung

   Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 18.07.17 die Stellungnahme des Amtes 1 / SG 13 mit näheren Erläuterungen zum Beförderungsanspruch (Flüchtlingskinder, Kindergarten, Schulen) anerkannt hat.

   Dieser Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses wird zugestimmt.

10. Budgetabrechnung des Städtischen Museums
für das Haushaltsjahr 2016 - UA 3200
Vorlage: 2018/044

zurückgestellt

Die Behandlung des Budgetübertrages erfolgt in der Stadtratssitzung am 15.03.2018

11. Haushaltsüberschreitung;
HSt. 4644 9350 - Kita Marshall Heights - Erstausstattung
Vorlage: 2018/016

beschlossen dafür 21 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/016 wird Kenntnis genommen.

2. Die Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2017 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsan-satz	Überschreitungs-betrag
VmHh: 4644 9350	Kita Marshall Heights - Erstausstattung bisher bereitgestellt somit insgesamt:	0,00 € 	2.626,00 € 40.000,00 € 42.626,00 €

wird genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei HSt. 4646 3610 - Kindergarten Sickershausen, Investitionszuweisungen vom Land für Einbau Krippenplätze.

12. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 01.02.2018.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

13. Sonstiges

13.1. Anfrage von Stadtrat Steinruck Müllablagerungen Regenrückhaltebecken Postfrachtzentrum

Stadtrat Steinruck verweist auf die Müllablagerungen im Bereich des Regenrückhaltebeckens am Postfrachtzentrum, was sicherlich von den dort parkenden LKW resultiere.
Seiner Auffassung nach müsse man dem Einhalt gebieten.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass im Bereich des Postfrachtzentrums die Reinigung durch das Zentrum selbst erfolge. Er sagt zu, nachdem es sich beim Rückhaltebecken um ein städtisches Grundstück handelt, sich dort umzusehen.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:52 Uhr.

Vorsitz

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Schriftführung

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt